

Berliner Tageblatt

Nr. 493 • Ausgabe B Nr. 245
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 493

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Stund- und Bettag von Rudolf Wolff in Berlin.

Das Kabinett des Zentrums und der Sozialdemokratie.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Die Verhandlungen mit den Demokraten.

E. D. Heute früh hat sich die Situation abermals erheblich verändert. Das sogenannte Kabinett der Persönlichkeiten, das Dr. Wirth als Ausweg aus dem Dilemma vorge schlagen hatte, kommt nicht mehr in Frage. Die Volkspartei sowohl wie die Demokraten heben einen bloßen Zusammenschluß der alten Regierung völlig ablehnend gegenüber. Wäre Dr. Gieseler von der Volkspartei, noch die drei demokratischen Minister Dr. Gieseler, Dr. Schäffer und Dr. Rathenau werden der neuen Regierung beitreten. Heute morgen hatte der Chef der demokratischen Fraktion, Dr. Petzet, eine Unterredung mit dem Reichsanwalt, um mit ihm die Grundlage zu besprechen. Man einigte sich dahin, daß der Reichsanwalt in der heutigen Reichstagskammer gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission einlegen werde, und daß es in der Form und mit den Argumenten geschehe, wie die Demokraten in ihren Verhandlungen mit der Regierung in den letzten Tagen vorgezogen hatten. Es wird für die demokratische Fraktion kein Anlaß vorliegen, gegen diese Regierungserklärung zu protestieren. Der Reichsanwalt wiederholte Dr. Petzet gegenüber sein Ergehen, doch wenigstens Dr. Gieseler im Kabinett zu belassen, um den Aufbau und die Organisation der Reichswehr nicht durch einen Ministerwechsel zu gefährden. In den Demokratischen Kreisen ist die Meinung allgemein, daß die Regierung sich nicht auf einen solchen Versuch einlassen sollte.

Verhandlungen wurde eine abermalige Verschiebung des Beginnes der Reichstagskammer auf 4 Uhr beschlossen. Die Besprechungen hatten inzwischen eine gewisse Klärung der Lage herbeigeführt. Obwohl um 2 Uhr nachmittags eine bestimmte Ministerliste noch nicht vorlag, besonders da die Demokraten zu der Forderung des Reichsanwalts noch keinen eingehenden Beschluß gefaßt hatten, wurden als vorläufige Mitglieder des neuen Kabinetts genannt: Reichsanwalt und Minister des Innern Dr. Wirth, Wirtschaftsminister und Reichsfinanzminister Gieseler (Sozialdemokrat), Reichsminister des Innern Dr. Adolf Köster (Sozialdemokrat), Reichsminister des Reichswaldes Dr. Gieseler (Demokrat), Justizminister: Dr. Spahn (Zentr.), Reichsminister Robert Schmidt (Zentr.), Ernährung: Dr. Seume (Zentr.), Arbeitsminister: Dr. Rathenau, Verkehr: Gröner (Zentr.), Arbeitsminister: Dr. Brauns (Zentr.). Das Finanzministerium, das den Deutschen Volkspartei nahestehenden Staatssekretär Dr. Zapf angeboten worden, von ihm aber abgelehnt worden war, bleibt vorläufig unberührt.

Die „Politik-Parlamentarischen Nachrichten“ schildern den Stand der Lage gegen Mittag wie folgt: „Die Regierung Wirth will, so zu sehen kommt, aus den bisherigen Ministern bestehen, soweit sie der S.P.D. und der Zentrumspartei angehört haben, mit Ausnahme Dr. Gröner, den als Reichsfinanzminister. Otto Loewy, der frühere preussische Ministerpräsident, und Landwirtschaftsminister ersehen soll. Dr. Adolf Köster, der zunächst als Innenminister vorgezogen war, übernimmt an Stelle Gieslers das Reichsfinanzministerium. Das Reichsjustizministerium wird von einem Zentrumsmann besetzt werden, jedoch steht noch nicht fest, ob es Dr. Spahn oder Dr. Marzke sein wird; noch einer Person soll Staatssekretär Zapf endgültig abgetreten haben, nach der anderen sollen noch Verhandlungen mit ihm führen. Das Arbeitsministerium wird Reichsanwalt Wirth selbst übernehmen.“

Wie seit einiger Zeit an allen Tagen, an denen im Reichstag Plenaritzungen stattfinden, so zeigt der Wallfahrtstag auch heute die republikanischen Flaggenschmuck. Auf Anordnung des Reichspräsidenten sind die vier Flaggen jedoch auf Galbarmat gestiftet, um damit der Erinnerung an den Verfall eines dieser Zeilen Oberpräsidentens Gedenken zu geben.

Der Beschluß des Reichstagsrates.

Der Reichstagsrat beschloß, nachdem er die heutige Sitzung endgültig auf 4 Uhr nachmittags anberaumt hatte, dem Reichsanwalt mitzuteilen, daß seinerlei amtliche Mitteilung nach Paris geschickt werden solle, bevor der Reichstag geschlossen hat.

Eine neue Hegrede Korfanigs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die für heute angelegte Parlamentskammer, in der die Regierungserklärung zur obersten Entscheidung gebracht wurde, mußte verschoben werden, da in der Kammer ein Ausständiges noch keine Einigung erzielt werden konnte. In der Kommission sprach Korfanig als „Sachverständiger“ und betonte, daß ohne seine Zustimmung kein Ministeramt und kein Reichsamt in den Händen anderer Kreise erhalten hätte. In der Kammer wurde die Regierungserklärung zur obersten Entscheidung gebracht, wobei die Hebergenzeit von fünfzehn Jahren zu lang sei. Die schwerste Bedingung für Polen (1) sei die Beibehaltung der deutschen Valuta für fünfzehn Jahre. Wenn die Deutschen in den Verhandlungen diesen Termin nicht verringern wollten, so lehnen sie sich durch das Streben der Polen gegen den Reichsanwalt. Weiterhin forderte Korfanig, in den Verhandlungen darauf zu dringen, daß die Rechte der polnischen Minderheit auch über den Hebergenzeitraum hinaus gesichert würden.

Eine im Einverständnis mit einseitigen politischen Wirtschaftern begonnene Reise des Reichsanwalts für eine Unternehmung an Deutschland arbeitenden Grafen Kommerz gibt der polnischen Seite Anlaß zu notwendigen Kommentaren. Selbstverständlich ist es in der Regel die auch finanziell von Frankreich für das Reich Valuta hält, aber auch in der Mittelposition, deren Presse neuerdings verächtliche Töne gegen Deutschland anstößt, warum man vor der Gefahr des deutschen Kapitals, da Kontexte Reize, die nach Berlin und Holland fließen, angeblich eine Fühlhaltung mit den polnischen Möglichkeiten für Polen durch ein deutsch-polnisches Konvention gilt. Man braucht eventuell die Beteiligung deutschen Kapitals an der politischen Wirtschaft und sieht darin den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Beherrschung Polens durch Deutschland, aber wie gewisse behaupten, die erste Gruppe eines Blanes deutsches Staatskapitalen zu einer neuen Zeitung Polens (1). Einiges wird angeblich der sofortigen Opposition der Presse demontiert, daß Kommerz Reize in antilindigen Aufträge erfolge.

Der deutsche Vertreter für die Verhandlungen.

Wie wir aus Parlamentarischen Kreisen hören, sind die Beratungen der beteiligten Stellen über die Person des für die Verhandlungen mit Polen zu ernennenden deutschen Vertreters bereits im Gange. Eine endgültige Wahl ist noch nicht getroffen worden. Falls sich der Reichsanwalt für die Einberufung eines Kommissars aussprechen sollte, dürfte voraussichtlich der Oberste Reichsanwalt Dr. Zapf kommen. Gehmalt „Bunzel“, ein gebürtiger Oberlehrer, war in Oberbergamt Breslau beurlaubt und ist gegenwärtig als Kommissar der preussischen Regierung bei der internationalen Kommission in Opatowitz tätig.

Friedensvertrag und Washingtoner Konferenz.

Die Senatsdebatte. — Amerika und Deutschland. — Die Propaganda für Verständigung mit England.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Friedrich Glaser.

Washington, 26. Oktober.
Herr Lodge und Herr Underwood, die Führer der beiden Parteien im Senat, hatten sich nun darüber verständigt, daß die entscheidende Abstimmung über den Friedensvertrag mit Deutschland Mitte Oktober stattfinden solle. (Die Ratifizierung ist inzwischen erfolgt. Die Red.) Lange hinausgeschoben, denn die Vertagung des Kongresses ist für den 10. November in Aussicht genommen und bis dahin soll noch die Steuererhebung erledigt werden. Eine Debatte über die den Alliierten gewährten Anleihen mußte die Administration vermeiden zu lassen, da sie, wie erklärt wurde, eine Quelle der Verlegenheit für die mittlerweile eintreffenden Delegierten zur Plauenkonferenz werden könnte. Wenn man die Meinungen über den Verfall der Friedensvertrag liest, die während der ersten Erweiterungen des Sondervertrages mit Deutschland im Senat gefallen sind, so kann man diesen Wunsch der Regierung verstehen.

Was nun die bisherigen Erweiterungen im Senat über den Friedensvertrag mit Deutschland anlangt, so hat sich Herr Lodge mit großer Ausführlichkeit bemüht, den Vertrag zu rechtfertigen, während Herr Underwood ihn als den ersten Schritt zur Annahme des Verfallvertrages und des Völkerbundes bezeichnet hat. Senator Borah meinte, die Administration habe eine Art „Wiederholung“ gemacht, wie er sich auf die Dauer kein lohnendes Post unterwerfen könne, und suchte aus einer während der Präsenzentscheidungskampagne des vergangenen Jahres gehaltenen Rede des Staatssekretärs Hughes nachzuweisen, daß Herr Hughes den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund unter Abschaffung des Artikels 10 der Verfassung über die Verwirklichung erwiderte. Andererseits muß man bei der Beurteilung der vor einem Jahr gehaltenen Rede berücksichtigen, daß die Absicht dieser Wahlparole, das jetzigen Staatssekretärs wohl weniger die war, Richtlinien des auswärtigen Politik der republikanischen Administration vorzugeben als die, dem für den Völkerbund einsetzenden demokratischen Kandidaten der Stimmen abzugewinnen. Für die jetzigen Pläne der republikanischen Regierung konnte daher die Rede von Herrn Borah, selbst — allerdings radikaler — Republikaner, nicht allzuviel belegen.

Allerdings vergeht kaum eine Woche, in welcher die „New York Tribune“ nicht in einem Artikel für die Notwendigkeit der Zustimmung Frankreichs gegen die deutsche Sache plädiert, und auch in der Rede des demokratischen Senators Williams von Mississippi fanden sich ähnliche Gedanken wieder. Dann aber trat Herr Williams mit bemerkenswerter Wärme für die Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs ein, die wie er sagte, lediglich die Erfüllung eines dem Deutschen Volke seitens Amerikas gegebenen Versprechens darstelle. Senator Williams erklärte, für den Sondervertrag stimmen zu wollen, und wahrscheinlich wird die Mehrheit der demokratischen Partei diesem Beispiel mit oder ohne Vorbehalte folgen. Jedenfalls läßt sich über den bisherigen Verlauf der Debatte über den Sondervertrag mit Deutschland sagen, daß keine unterschiedliche Stimmung zwischen den beiden Parteien vorliegt. Die Ratifizierung des Friedensvertrages im deutschen Reichstage hat in Senatkreisen, wie mich Herr Lodge wissen ließ, Verwirrung hervorgerufen.

Angehts dieser weitestgehenden Nähe der Senatserweiterungen erlitten es als ein Ereignis erheblicher Bedeutung, daß Herr Williams noch einmal die frische Hand erhob, um einen letzten Versuch zu machen, den endlichen Friedensschluß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch einmal hinauszuschieben. Aber nur wenige Senatoren folgten seiner Aufforderung und auch diese nur unklar und zögernd. Auch einigen Zentr. Verfeindern der ganze Plan des Völkerbundes und machte der Verständigung Platz. Wie sich nun die weiteren Schritte hinsichtlich der Entschädigungsanfrage und der Disponierung über das beschlagnahmte deutsche Eigentum gestalten werden, darüber herrscht freilich noch völlige Dunkel. Die Regierung konnte mit keinem der beteiligten Völkerbundes, bevor nicht der durch die Erfahrungen der letzten Jahre sehr empfindlich gewordene Senat über die Ratifizierung des Vertrages entschieden hatte. Im übrigen wird den weiteren Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen der Umstand zugute kommen, daß die allgemeine Aufmerksamkeit sich in zunehmendem Maße auf die allgemeinen Konventionen über die Fragen der Abrüstung abgelenkt werden wird.

Auch über ihre Haltung auf der bevorstehenden Konferenz hält sich die Regierung in vorichtiges Schweigen. Es ist allerdings eine Art von Verhandlungsprogramm veröffentlicht worden, das aber bei eingehenderem Studium dem bereits Bekanntem nichts Neues zufügt. In den Zeitungen veröffentlichen sich die Pläne und japanische Artikel über die Pläne Englands und Japans in China, und die eine Abrüstung abgelenkten Interessen haben sich neuerdings annehmend mit Erfolg die im letzten Westen herrschende Meinung gegen die japanische Einmischung zugunsten gemacht. Was die Regierung selber anlangt,

Die voraussichtliche Zusammenstellung des Kabinetts.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns nach folgende Darstellung der Vorgänge des heutigen Vormittags gegeben:

Durch den Beschluß der Demokraten, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen, ist heute abermals eine neue Situation entstanden. Um 10 Uhr morgens erschienen die Vertreter der Demokratischen Partei, Dr. Petzet, und Dr. Schöner, in der Reichstagskammer, um dem Reichsanwalt Dr. Wirth die Entschädigung für die Partei mitzuteilen. Um 11 Uhr begannen dann die Besprechungen des Reichsanwalts mit den Vertretern der Reichspartei und des Zentrums. Dr. Wirth machte den erschienenen Parteirepresentanten zuerst Mitteilung von seiner Unterhaltung mit den Demokraten und wies dann in Zusammenhang mit der neuergehenden Rede nachdrücklich auf die Wichtigkeit der Bildung des neuen Kabinetts zur Vertiefung hin und eine schnelle Lösung des Problems erforderlich. Die eigentlichen Beratungen über die Kabinettsbildung boten erhebliche Schwierigkeiten.

Die verschiedenen Kombinationen wurden verjagt, ohne daß man zu einem Resultat kam. Um 12 Uhr kamen die Reichspartei sozialisten und die Zentrumspartei zu dem Entschluß, daß der Reichsanwalt Dr. Wirth an die Demokraten die Frage richten solle, ob sie ihre Minister in der Eigenschaft als Sachverständigen in dem neuen Kabinett belassen wollen. Die demokratische Fraktion, die im Reichstag verwehrt wurde, wurde telephonisch von dieser Anfrage in Kenntnis gesetzt. Die Beratung über die Aufforderung Dr. Wirth wurde gleichwohl fortgesetzt und dauerte bis zum Mittag an.

Die Beratungen der Demokraten über die Reichstagskammer nahmen inzwischen ihren Fortgang. Infolge der noch nicht abgeschlossenen